



Fritz Streletz (Generaloberst a.D.)

Redebeitrag zum Thema

**„Die Öffnung der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin und zur BRD am 9.11.1989“**

Herbsttreffen der ehemaligen Angehörigen der GT der DDR am 23.10.2004 (Berlin)

Dok.Nr.: R20041023\_streletz  
Quelle: unbekannt  
Herkunft: im NVA-Forum veröffentlicht  
Autor: Generaloberst a.D. Fritz Streletz (Jahrgang 1926)  
Stellvertreter des Ministers und Chef des Hauptstabes

Fritz Streletz

## **„Die Öffnung der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin und zur BRD am 9.11.1989“**

---

Eine nüchterne und sachliche Bilanz über die Ereignisse in der Nacht vom 9. zum 10. November 1989 zu ziehen, ist schwierig.

Das birgt, 15 Jahre nach den Ereignissen, die Gefahr in sich, Vergangenes aus dem heutigen Blickwinkel einer völlig anderen Konstellation zu sehen und zu betrachten.

Trotz dieser Schwierigkeiten werde ich mich bemühen, bei den Darlegungen meine damaligen Standpunkte, Einschätzungen und Empfindungen wie ich diese während der Herbsttage 1989 hatte, vorzutragen.

Zu den politischen Entscheidungen der Öffnung der GÜSt werde ich mich nicht näher äußern, da ich in diese Entscheidungsfindung nicht einbezogen war.

In meinem Diskussionsbeitrag möchte ich auf 2 Fragen eingehen:

1. Zu den Ursachen und der Verantwortung der mangelhaften Befehlsgebung an die Kommandeure der Grenztruppen
2. Zu den nationalen und internationalen Auswirkungen der Öffnung der GÜSt auf Militärpolitischen Gebiet

Anschließend bin ich bereit, mich auch den kritischen Fragen zu stellen, die es zur Führung und Verantwortung des MfNV im Zusammenhang mit dem 9. November geben sollte.

Ich komme zur 1. Frage:

### **1. Zu den Ursachen und der Verantwortung der mangelhaften Befehlsgebung an die Kommandeure der Grenztruppen**

Bekanntlich hat der Ministerrat der DDR auf Empfehlung des Politbüros am 9. November 1989 ein neues „Reisegesetz“ beschlossen. Der Inhalt dieses Dokumentes wurde auf der 10. Tagung des ZK der SED von Egon Krenz gegen 16.00 Uhr vorgetragen. Da Minister Keßler diese neue Regelung bereits als Mitglied des Politbüros und Mitglied des Ministerrates kannte, hat er mir in der Mittagspause die Weisung gegeben, alle Kollegiumsmitglieder zu 19.00 Uhr in das MfNV einzuladen. Er ging von einem Ende der ZK – Sitzung gegen 18.00 Uhr aus und wollte ab 19.00 Uhr die Auswertung der 10. Tagung des ZK vornehmen. Die Tagung ging jedoch bis 20.45 Uhr, so dass wir erst gegen 21.45 Uhr im MfNV in Strausberg eintrafen.

Die von Egon Krenz am 9. November 1989 auf der ZK – Sitzung vorgeschlagene neue „Reiseregulierung“, hatte nach meiner damaligen Einschätzung aus 3 Gründen für die NVA und die Grenztruppen keine besondere unmittelbare Bedeutung.

1. Die neue Reiseverordnung wurde von den zuständigen Organen des MfS und des Mdl ohne Mitarbeit des MfNV vorbereitet und dem Politbüro sowie dem Ministerrat zur Bestätigung vorgelegt. Deshalb war auch die Vorbereitung der Umsetzung dieser neuen Regelung eine interne Angelegenheit der Organe des MfS und des Mdl.

2. Für die Angehörigen der NVA und der Grenztruppen haben diese neuen Reiseeregungen insofern keine unmittelbare Bedeutung, da Reisen in das kapitalistische Ausland, insbesondere in die NATO – Länder, grundsätzlich verboten waren. Deshalb betrafen diese neuen Regelungen auch nicht die Angehörigen der NVA und der Grenztruppen.
3. Ob der Schlagbaum hochgeht und wer mit welchen Dokumenten die GÜSt passieren darf, oblag den Passkontroll-Einheiten, die dem MfS unterstanden. Darauf hatten die Grenztruppen und der Kommandant der GÜSt keinen Einfluss. So war das auch bei den jeweiligen Passierschein – Abkommen mit Westberlin.

Auch heute glaube ich, dass meine damalige Einschätzung am 9. November richtig war.

Keiner konnte voraussehen, was Schabowski auf der Pressekonferenz für eine Katastrophe auslösen würde.

Bei der Einschätzung der militärpolitischen Ereignisse am 9. bzw. 10. November 1989 sollten wir aus meiner Sicht zwei Besonderheiten berücksichtigen:

1. Eine solche Grenzöffnung am 9. November 1989 in Berlin war
  1. weder mit der sowjetischen Partei- und Staatsführung noch
  2. mit dem sowjetischen Generalstab abgestimmt.Sie kam für Gorbatschow als auch für den sowjetischen Verteidigungsminister Jassow überraschend, als Alleingang der DDR. Diese Feststellungen beweisen die 3 Telefonate, die der sowjetische Botschafter Kotschewasow mit mir am 10. November zwischen 9.00 und 10.00 Uhr im Arbeitszimmer von Egon Krenz geführt hatte und seine Aufforderung sofort ein Telegramm an Gorbatschow zu schicken und ihm unsere Handlungsweise zu erklären.
2. Eine solche, für die drei Minister der bewaffneten Organe, zeitlich überraschende Öffnung der GÜSt in Berlin, ohne die notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen war weder geplant noch beabsichtigt. Man ist von einer Grenzöffnung am 10. November, d.h. nach einer Vorbereitungszeit von 8 – 10 Stunden ausgegangen. Diese Zeit hätte vollkommen ausgereicht, um bei Notwendigkeit eine klare und abgestimmte Befehlsgebung zwischen den drei Ministern bis nach unten durchzusetzen.

Schabowski (als Vorsitzender der Bezirkseinsatzleitung Berlin)

- der das gesamte Grenzsicherungssystem in Berlin gut kannte und
  - der immer über die Lage an der Staatsgrenze allseitig informiert war
- wusste was seine Worte – sofort – unverzüglich für die GÜSt in Berlin für Auswirkungen haben mussten und auch tatsächlich hatten.

Ich möchte mich nicht an den Spekulationen beteiligen, ob diese zeitliche Angabe von Schabowski – sofort – unverzüglich

- ein Versehen, ein Lapsus,
- eine Wichtigtuerei,
- oder eine andere Zielstellung hatte.

Eines stand und steht für mich fest:

Diese unverantwortliche Handlungsweise eines führenden Politikers der DDR, egal welche Zielstellung ihr zugrunde lag, hat die DDR an den Rand eines Bürgerkrieges gebracht.

Nur dem politisch bewussten und besonnenen Verhalten und Handeln der Angehörigen der Grenztruppen in Berlin und der strengen Einhaltung des Befehls 11/89 – kein Einsatz der Schusswaffe durch die bewaffneten Organe – ist es zu verdanken, dass es zu keiner Eskalation der Ereignisse mit schwerwiegenden, tragischen Vorkommnissen gekommen ist.

Ein Schuss an der Grenze hätte eine Katastrophe, eine Kettenreaktion auslösen können.

Was in den Abend- und Nachtstunden des 9. November an der Grenze zu Westberlin ablief, und die in diesem Zusammenhang erfolgte Führungs- und Leitungstätigkeit durch das MfNV

- war kein Ruhmesblatt für die militärische Führung

Ausgelöst und verursacht wurde die kritische Situation an der Berliner Grenze

- durch die politische Führung.

Die militärische Führung musste jedoch die durch Schabowski ausgelöste Gefahr einer Eskalation der Ereignisse in Berlin ausbaden. Das die Grenztruppen in Berlin keine Weisungen oder Befehle in dieser schwierigen Situation am 9. November erhalten haben ist nicht die Schuld der Führung bzw. des Chefs der Grenztruppen Generaloberst Baumgarten. Er hätte klare Befehle vom MfNV erhalten müssen, was leider nicht erfolgte.

Die Schuld an der fehlenden Befehlsgebung tragen unabhängig davon, dass der Alleingang von Schabowski nicht bekannt war,

- der Minister für Nationale Verteidigung Armeegeneral Kessler,
- der Chef des Hauptstabes Generaloberst Streletz.

Sie beide waren berechtigt und verpflichtet dem Chef der Grenztruppen klare Befehle oder Weisungen zu erteilen, was aber leider nicht geschehen ist.

Ich komme zur 2. Frage:

## **2. Zu den nationalen und internationalen Auswirkungen der Öffnung der GÜSt auf militärpolitischen Gebiet**

Eine solche politisch weittragende Maßnahme, wie die Öffnung der GÜSt an der sensiblen Grenze zwischen NATO und Warschauer Vertrag und an der Berliner Grenze hatte erhebliche Auswirkungen im nationalen aber auch im internationalen Rahmen.

Zu den nationalen Auswirkungen gehörten:

1. Für die Angehörigen der Grenztruppen, insbesondere für die Berufssoldaten, brach eine Welt zusammen. Sie stellten sich berechtigt die Frage: Warum haben wir 20,30 Jahre die vielen Entbehrenungen und Härten des Grenzdienstes auf uns genommen, wenn

über Nacht alles das, an was wir geglaubt haben, wofür wir gekämpft haben, zusammenbricht! Durch die Öffnung der GÜST in Berlin wurden auch die Grenzsicherungsmaßnahmen des 13. August 1961 in Frage gestellt. Berlin wurde wieder zum Tummelfaktor der Spione aus aller Welt.

2. Die Vorschriften und Befehle über die militärische Grenzsicherung an der Grenze zur BRD, West – Berlin und an der See – Grenze mussten überarbeitet werden. Die Erziehung und Ausbildung in der NVA und den Grenztruppen mussten der neuen politischen Lage entsprechen. Der hohe Grad der Gefechtsbereitschaft konnte nicht mehr aufrechterhalten werden. Fragen des so genannten Feindbildes mussten korrigiert werden und vieles andere mehr. Die Bestimmungen über das Verbot der so genannten Westkontakte mussten außer Kraft gesetzt werden. Auch den Familienangehörigen der NVA und der Grenztruppen musste auf der Grundlage des Reisegesetzes die Möglichkeit eingeräumt werden, Reisen in die BRD oder nach West – Berlin vorzunehmen.
3. Der Vertrauensverlust der Grenztruppen, insbesondere des Grenzkommandos Mitte in Berlin zur militärischen Führung war ein ernst zunehmender Faktor bei der Erfüllung der anstehenden Aufgaben. Berechtigt wurde starke Kritik darüber geübt, dass die Kommandeure der Grenztruppen, insbesondere die Kommandanten der GÜSt in Berlin in den kritischen Stunden von 19.00 bis 22.00 Uhr am 9. November von der militärischen Führung keine Befehle erhalten haben.
4. Auch bei einem Teil der Generale und Offiziere der NVA gab es berechtigte Kritik an der mangelhaften Führungs- und Informationspolitik und den hinter den Ereignissen zurückbleibenden Befehlsgebung durch die militärische Führung. Die in vielen Fragen zögernde bzw. abwartende Haltung des Verteidigungsministers und des Chefs des Hauptstabes führten auch zu einem bestimmten Vertrauensverlust. Die Forderung nach der Ablösung einiger leitender Kader der Führung des Ministeriums wurden immer lauter.

Die Grenzöffnung hatte auch erhebliche internationale militärpolitische Auswirkungen

1. Die NVA war seit den 60 er Jahren der Musterschüler im Warschauer Vertrag so wie die Bundeswehr der Musterknabe in der NATO war. Wir waren immer ein, wenn nicht sogar der zuverlässige Bündnispartner der Sowjetunion. Das Territorium der DDR mit der West-Gruppe hatte für den Warschauer Vertrag eine erstrangige Militär – strategische Bedeutung. Die Großdemonstrationen in einigen Städten der DDR sowie die überraschende Öffnung der GÜSt waren für Moskau, insbesondere für die Militärs besorgniserregend. Berechtigt wurde die Frage gestellt, wohin marschiert die DDR.
2. Mit der Sowjetarmee, der Polnischen Armee und der Tschechoslowakischen Volksarmee gab es abgestimmte Pläne der Zusammenarbeit und des Zusammenwirkens einschließlich der Ausbildung von Kadern dieser Armeen an der Militärakademie „Friedrich Engels“ in Dresden. Werden wir von diesen drei Armeen noch als zuverlässiger Bündnispartner im Warschauer Vertrag betrachtet bzw. eingeschätzt.
3. Das Territorium der DDR hatte mit der West – Gruppe der Sowjetarmee für dem Warschauer Vertrag eine überragende militärstrategische Bedeutung. Wenn dieses Territorium verloren geht, hat das verheerende Folgen, nicht nur für die Sowjetarmee und ihre West – Gruppe sondern auch äußerst negative Auswirkungen auf den Fortbestand des Warschauer Vertrages.

Ausgehend von diesem Sachverhalt habe ich am 10. November in den Mittagsstunden meine Partner in

- Moskau , Warschau und Prag sowie

- den Oberkommandierenden der VSK und den OK der Westgruppe

angerufen, und sie über die Lage informiert und ihnen versichert:

- Trotz dieser Ereignisse, der Öffnung der GÜSt, nicht der Grenze, bleibt die NVA ein zuverlässiger Bündnispartner im Warschauer Vertrag.
- Wir werden auch weiterhin, wie bisher, alle eingegangenen Bündnisverpflichtungen und Pläne der Zusammenarbeit erfüllen.
- Es gibt keinen Grund an der Zuverlässigkeit der NVA zu zweifeln.
- Die neue Partei- und Staatsführung wird die erforderlichen Maßnahmen der Erneuerung einleiten, um eine stabile Lage in der DDR wieder herzustellen.

Meine Partner bedankten sich für die Information;

- sie bekundeten ihre Bereitschaft, uns bei Notwendigkeit zu unterstützen,
- und wünschten mir und uns viel Erfolg bei der Lösung der anstehenden Aufgaben.

Soweit einige Bemerkungen zu den nationalen und internationalen Auswirkungen der Öffnung der GÜSt auf militärpolitisches Gebiet.

Ich war bestrebt, in meinen Ausführungen alles so darzustellen

- wie ich damals gedacht und
- wie ich damals gehandelt habe.

Mir ging und geht es darum:

der geschichtlichen Wahrheit zum Durchbruch zu verhelfen.

Ohne Abstriche stehe ich auch heute noch

- zu meiner Verantwortung und zu meiner Biografie.

Fritz Strelitz

23.10.2004